

Urs Schwaller  
Verwaltungsratspräsident  
der Schweizerischen Post AG

## Point de Presse

### **«Was bei PostAuto praktiziert wurde, ist ein inakzeptabler Vertrauensbruch»**

Rede von Herrn Urs Schwaller, Verwaltungsratspräsident der Schweizerischen Post AG

*Es gilt das gesprochene Wort*

Bern, 11. Juni 2018

Sehr geehrte Medienschaffende

Ich danke Ihnen, dass Sie meiner Einladung zum Point de Presse gefolgt sind.

Die externe und umfangreiche Untersuchung der Anwaltskanzlei Kellerhals Carrard sowie das Gutachten der drei Experten liegen vor. Sie haben die Vorgänge zur unrechtmässigen Buchungspraxis bei PostAuto in den Jahren 2007 – 2015 minutiös durchleuchtet. Das war eine Herkulesaufgabe und Sisyphusarbeit zugleich. Rund drei Millionen Dokumente wurden sichergestellt. Die Ergebnisse zeigen ein deutliches Bild. Und zwar sowohl zum Sachverhalt wie auch zur Frage, wer für die gesetzeswidrige Praxis die Verantwortung trägt.

Die Berichte sind Ihnen und der Öffentlichkeit ab sofort zugänglich und auf dem Internet aufgeschaltet. Deshalb halte ich die Zusammenfassung kurz: Ich bin erschüttert, mit welcher Energie PostAuto ihre Buchhaltung manipulierte, systematisch Gewinne verschleierte und dadurch überhöhte Subventionen kassierte. Bund, Kantone, Steuerzahlende und Geschäftspartner wurden dadurch hinters Licht geführt. Erschreckend ist, dass dabei über Jahre sämtliche Kontrollmechanismen im Post Konzern offensichtlich versagt haben. Die langjährige Praxis hat sich etabliert. Das kollektive Bewusstsein dafür, was rechtens ist, ging offensichtlich verloren. Für das, was hier über viele Jahre praktiziert wurde, gibt es keine Rechtfertigung. Das ist ein inakzeptabler Vertrauensbruch.

Der Verwaltungsrat der Post hat sich an zahlreichen Sitzungen intensiv mit den Erkenntnissen der Berichte auseinandergesetzt. Und er zieht nach eingehenden Diskussionen die Konsequenzen auf zwei Ebenen: operationelle und personelle. Sie finden die Massnahmen auf dem entsprechenden Faktenblatt aufgeführt. Operationell machen wir unter anderem die Reorganisation namens IMPRESA rückgängig. Diese 2014 beschlossene

und am 1. Januar 2016 eingeführte Holdingstruktur sollte dazu dienen, Gewinne durch Transferpreise in Tochtergesellschaften von PostAuto zu sichern. Das Transferpreiskonzept IMPRESA wird durch eine transparente und einfache Organisationsform ohne Transferpreise ersetzt. Aus rechtlichen Gründen erfolgt dies mit Wirkung auf den 1.1. 19. Selbstverständlich stellen wir bis dahin die zu hohen Transferpreise in unserer Rechnung zurück, so dass auch diese Gelder nach den Vorgaben des BAV zurückbezahlt werden. Bereits im Februar haben wir die EBIT-Vorgaben zurückgenommen.

Im Weiteren hat der Verwaltungsrat die Konzernleitung beauftragt, einen geordneten Ausstieg aus dem Personenverkehrsgeschäft in Frankreich zu prüfen. Eine Option ist auch der Verkauf der Gesellschaft. Bis zu einer abschliessenden Entscheidung laufen die Geschäfte unverändert weiter.

Ich will die zeitnahe Umsetzung aller beschlossenen Massnahmen sicherstellen. Hierfür bilden wir im Verwaltungsrat einen «Ausschuss PostAuto». Er begleitet die Arbeiten eng und sorgfältig.

Wir halten selbstverständlich unser Wort in Bezug auf die Rückzahlungen: PostAuto wird jeden geschuldeten Franken zurückzahlen. Das Geld soll bis im Herbst an die Geschädigten fließen. Die Rückzahlungsmodalitäten unterliegen der Führung des Bundesamtes für Verkehr (BAV).

Der Verwaltungsrat hat zudem beschlossen, die Revisionsgesellschaft für das Geschäftsjahr 2019 zu wechseln. Die entsprechenden Vorbereitungsmaßnahmen wurden bereits initiiert und dem Eigner beantragt. Auch dieser Wechsel soll dem Neuanfang und dem Vertrauensaufbau dienen.

Weiter hat der Verwaltungsrat dem Eigner beantragt, die Entlastung in Bezug auf die Vorfälle im Zusammenhang mit den Subventionsbezügen der PostAuto Gesellschaften für 2017 nicht zu erteilen. Dies unter anderem auch deshalb, weil wir von Seiten des BAV am 22. Mai 2018 schriftlich darüber informiert wurden, dass die subventionsrechtlichen Prüfungen für die beiden Jahre 2016 und 2017 nicht genehmigt wurden.

Am schwierigsten sind naturgemäss die personellen Konsequenzen. Die Untersuchung zeigt, dass verschiedene Mitglieder der Konzernleitung und des Verwaltungsrats auf zahlreichen Dokumentenverteilern aufgeführt sind. Der Verwaltungsrat hat sich sorgfältig mit der Frage auseinandergesetzt, wie weit die personellen Massnahmen reichen sollen. Er ist

sich bewusst, das ist ein heikler Punkt. Daher hat der Verwaltungsrat ein differenziertes Vorgehen beschlossen:

Er beendet die Zusammenarbeit mit Personen mit besonderer Verantwortung. Mit Personen, die entweder am System beteiligt oder aufgrund ihrer besonderen Verantwortung trotz zahlreicher Hinweise über Jahre nicht eingeschritten sind. Denn in diesen Fällen fehlt das nötige Vertrauen für eine weitere Zusammenarbeit. Konkret bedeutet das: Ein langfristiger Wiederaufbau des verspielten Vertrauens ist nur mit einer neuen operativen Leitung bei PostAuto wie auch beim Post Konzern möglich. Deshalb stellt der Verwaltungsrat sämtliche Mitglieder der Geschäftsleitung von PostAuto frei. Die Leiterin der internen Revision verlässt die Post – sie ist krankgeschrieben.

Von allen anderen involvierten Personen erwartet der Verwaltungsrat ab sofort eine kritischere Aufmerksamkeit – das fängt im Verwaltungsrat an. Wir müssen künftig kritischer Hinschauen, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Aufgrund der Erkenntnisse aus den Untersuchungsberichten fehlt die Vertrauensbasis für die weitere Zusammenarbeit mit Konzernleiterin Susanne Ruoff. Vor diesem Hintergrund hat die Susanne Ruoff die Kündigung eingereicht. Sie wurde sofort freigestellt.

Für alle freigestellten Personen gilt, dass sämtliche variablen Lohnbestandteile weiterhin bis zum Abschluss aller Untersuchungen zurückbehalten werden.

Susanne Ruoff hat sich seit sechs Jahren für das Unternehmen eingesetzt.

Es liegt mir daran, hervorzuheben, dass der Verwaltungsrat nicht an der Integrität von Susanne Ruoff zweifelt. Unbestreitbar hat sie die Post in vielen Bereichen weitergebracht und ins digitale Zeitalter geführt.

Der Verwaltungsrat hat bereits zu Beginn der letzten Woche alle Beschlüsse gefasst und diese an der zweiten ausserordentlichen Sitzung vom Samstag bestätigt.

Der Konzern wird nun interimistisch von Stellvertreter Ulrich Hurni geführt. Er genießt das volle Vertrauen des Verwaltungsrats. Wir haben die Suche zur Neubesetzung der Stelle unverzüglich eingeleitet.

Über die festgestellten Sachverhalte kann sich die Öffentlichkeit nun ein eigenes Bild machen. Alle Geschädigten, die Öffentlichkeit und auch die Mitarbeitenden haben ein

Anrecht, dass die ganze Tragweite ans Licht kommt. Das ist Teil des Versprechens, Transparenz herzustellen. Nur so können wir das Vertrauen in die Post wiederaufbauen.

Dabei möchte ich betonen: Der Verwaltungsrat schafft diese Transparenz im Wissen darum, dass die rechtliche Beurteilung der Vorfälle noch nicht abgeschlossen ist. Die Untersuchung konnte ausschliesslich aufgrund der verfügbaren Dokumente durchgeführt werden. Eine Anhörung und Befragung der Beteiligten war nicht möglich. Denn das angekündigte Verwaltungsstrafverfahren des Bundesamts für Polizei (fedpol) liess die notwendigen Abklärungen und Anhörungen nicht zu. Alle Würdigungselemente in den Berichten basieren einzig auf den vorliegenden, schriftlichen Beweisdokumenten. Der Verwaltungsrat hat deshalb beschlossen, die juristische Beurteilung einzelner Personen heute nicht zu publizieren. Dies aus persönlichkeitsrechtlichen, arbeitsrechtlichen und strafrechtlichen Überlegungen. Die nichtpublizierten Stellen sind deutlich ausgewiesen. Aus arbeitsrechtlichen Gründen haben wir die Namen von Mitarbeitern der Post und der anderen Unternehmen anonymisiert. Transparent ausgewiesen werden aber alle Personen von öffentlichem Interesse, wie etwa die Mitglieder des Verwaltungsrats und der Konzernleitung. Deshalb sind diese Stellen in der Publikation entsprechend ausgewiesen. Der Verwaltungsrat hält sich ausdrücklich vor, zusätzlich auch Fragen der Organhaft- und Schadenersatzpflicht zu prüfen.

Wir haben vor der Publikation der Berichte Stellungnahmen von involvierten Personen erhalten. Es ist klar: Aus subjektiver Sicht kann der Sachverhalt naturgemäss unterschiedlich beurteilt werden. Dazu möchte ich heute bereits festhalten, dass ich keine Rechtfertigungsgründe sehe. Allein aufgrund der Tragweite der Ereignisse und der Beweisdokumente ist die Vertrauensbasis mit den nun freigestellten Personen verloren. Das fehlende Vertrauen verhindert den zwingend notwendigen Neuanfang.

Wie geht es nun weiter?

Für mich und den Verwaltungsrat der Post ist mit diesen Massnahmen die Arbeit nicht getan. Wir stehen vielmehr erst am Anfang des Neuanfangs und am Ausgangspunkt eines langen Wegs hin zu einer neuen Führungskultur in allen Bereichen des Konzerns. Eine Führungskultur, die auf Ehrlichkeit und Offenheit basiert. Dass sich ein solches Fehlverhalten überhaupt etablieren konnte und über Jahre bis auf höchste Führungsebenen ermöglicht wurde, steht für mich eindeutig im Widerspruch zu einer gesunden Unternehmenskultur. Der Verwaltungsrat sieht sich in der Verantwortung, die Umsetzung der Massnahmen sorgfältig und eng zu begleiten, damit sich ein solcher Skandal nicht wiederholen kann.

Schliesslich möchte ich nochmals betonen, dass der Verwaltungsrat explizit das angekündigte Verwaltungsstrafverfahren des Bundesamts für Polizei (fedpol) begrüsst. Wir werden das fedpol weiterhin vorbehaltlos bei seiner Arbeit unterstützen. Und wir hoffen auf baldige Ergebnisse, die Klarheit zu den strafrechtlichen Fragen bringen.

Erlauben Sie mir eine selbstkritische Ausführung zu meiner Person:

Einen Monat nach meinem Amtsantritt im Juni 2016 gab es für das Audit Committee, die Konzernleitung, die externe Revisionsgesellschaft einen Bericht mit einem kurzen Abschnitt zu IMPRESA. Mit dem heutigen Wissen und Kenntniss von den unrechtmässigen Buchungen seit mindestens 2007 würde ich diese Zeilen heute anders lesen.

Fakt ist, auch wir als Verwaltungsrat müssen künftig genauer hinschauen, ohne aber ein ungesundes Mass an Misstrauen zu fördern. Es muss auch künftig möglich sein, ein Unternehmen basierend auf Vertrauen führen zu können. Wir wollen eine offene, selbstkritische und vor allem ehrliche Post, in die man in allen Bereichen Vertrauen haben kann.

Abschliessend möchte ich nochmals die wichtigsten Punkte zusammenfassen:

- **Der Untersuchungsbericht und das Expertengutachten zeigen drei Dinge klar:**
  - **Erstens: Wie Bund, Kantone und Geschäftspartner von PostAuto über viele Jahre systematisch hinters Licht geführt wurden.**
  - **Zweitens: Welche Verantwortlichkeiten diese inakzeptable Praxis möglich gemacht haben.**
  - **Und drittens: Dass sämtliche Kontrollmechanismen auf allen Führungsebenen eklatant versagt haben.**
- **Der Verwaltungsrat zieht differenziert und schonungslos die Konsequenzen auf zwei Ebenen: operationell und personell. Nur durch einen unmissverständlichen Neuanfang wird es möglich sein, das verspielte Vertrauen langfristig wiederaufzubauen.**
- **Bei allen Massnahmen liegt mir eine ganz besonders am Herzen. Das ist die Führungskultur im ganzen Post-Konzern. Diese muss zwingend auf Ehrlichkeit, Offenheit und Vertrauen basieren. Sie muss auch von ganz oben, sprich vom Verwaltungsrat und der Konzernleitung, vorgelebt werden.**

- **Der Verwaltungsrat übernimmt seine Verantwortung und wird die Umsetzung der Massnahmen sorgfältig und eng begleiten. Er ist sich auch bewusst, dass er genauer hinschauen muss als in der Vergangenheit.**
- **Wir setzen alles daran, dass sich ein solcher Skandal nicht wiederholen kann.**

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und stehe Ihnen nun gern für Fragen zur Verfügung.